

Berliner Terroranschlag FDP klagt wegen Informationsrechten

Ein Berliner FDP-Abgeordneter will beim Verfassungsgericht des Landes sein „Recht auf Aufklärung“ einklagen. Der innenpolitische Sprecher der Liberalen, Marcel Luthe, hatte dem Senat rund 80 Fragen zum Terroranschlag auf dem Weihnachtsmarkt am Breitscheidplatz im Dezember 2016 gestellt. Die Antworten hält er für einen „Affront“. Der Senat blockiere „auf allen Wegen die Aufklärung der politischen Hintergründe des Anschlags und verweigert in

beispielloser Weise vernünftige Antworten – oder hat keine Ahnung, was noch schlimmer wäre“, sagt Luthe. Bisher überlassen das Parlament und der Senat die Untersuchung der Umstände des Attentats einem Sonderermittler. Die FDP fordert einen Untersuchungsausschuss, den SPD, CDU, Grüne und Linke „aktiv verhindern“, so Luthe. Da die CDU bis kurz vor dem Anschlag den Innenminister stellte, dessen Arbeit Gegenstand der Ausschussuntersuchung wäre, rechnet die FDP dort mit keiner Unterstützung und sieht sich in ihren Oppositionsrechten eingeschränkt. deg



ROLF DUNKEL

U-Boot vor ThyssenKrupp-Werft in Kiel

Rüstungsexporte U-Boot-Deal unter Vorbehalt

Der Bundessicherheitsrat soll Ende Juni über die Lieferung von drei neuen U-Booten nach Israel entscheiden. Nach Angaben hochrangiger Regierungskreise werden derzeit ein sogenanntes Memorandum of Understanding (MoU) sowie eine Finanzierungsvereinbarung vorbereitet. Vorausgegangen waren zähe Verhandlungen zwischen Berlin und Jerusalem. Grund sind Korruptionsermittlungen, die sich gegen Vertraute des israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanyahu richten. Argwohn erregte, dass der Premier den Kauf gegen den Willen

seiner Militärs durchsetzte. Das Kanzleramt hatte Bedenken und vertröstete die israelische Seite monatelang. Jetzt hat man sich darauf geeinigt, im MoU eine Rücktrittsklausel zu verankern. Sollte sich herausstellen, dass es bei der Anbahnung des Geschäfts mit dem Hersteller ThyssenKrupp Marine Systems nicht mit rechten Dingen zugegangen ist, kann die Bundesregierung angeblich ihre Lieferzusage zurücknehmen. ThyssenKrupp bestreitet die Vorwürfe. Das Geschäft soll ein Volumen von 1,5 Milliarden Euro haben. Ähnlich wie bei den vorangegangenen sechs U-Booten gewährt die Bundesregierung einen Rabatt und erlässt Israel ein Drittel des Preises. csc



JENS KLAENE / DPA

Gespendete Schultüten für bedürftige Kinder

Familien Mehr Geld vom Bund für Kinder

Um Kinder aus armen Familien besser unterstützen zu können, sollte ein „Bundeskinderteilhabegesetz“ erlassen werden. Dies ist das Ergebnis einer Studie der Heinrich-Böll-Stiftung und des Deutschen Kinderhilfswerks. Schätzungsweise 15 bis 20 Prozent der Jungen und Mädchen eines Jahrgangs haben aufgrund der Armut ihrer Eltern „merklich schlechtere soziale Teilhabe- und Verwirklichungschancen“, so die Studie. Ein besonderer rechtlicher Anspruch auf För-

derung könnte diesen Kindern ermöglichen, an Sport, Musik und Kultur teilzunehmen. Um die Kommunen nicht zu überfordern, sollte der Bund laut Studie das Vorhaben mitfinanzieren, dafür wäre eine Änderung von Artikel 104 a des Grundgesetzes nötig. Die Grünen unterstützen diese Vorschläge. „Die Studie zeigt gute Wege für den Bund auf, konkret für Verbesserungen zu sorgen. Wir dürfen nicht länger zusehen, wie sich Armut und fehlende Chancen in Deutschland vererben“, sagt Franziska Brantner, familienpolitische Sprecherin der Grünen. akm, bs

Grüne 3000 Euro für Freiwilligendienst

Katrin Göring-Eckardt, Spitzenkandidatin der Grünen, will die Zahl der Freiwilligendienstler auf rund 200 000 verdoppeln. „Freiwilligendienste tragen im Kleinen zum großen Ganzen bei, zum Zusammenhalt unserer Gesellschaft“, sagt sie. Dafür will sie die Angebote attraktiver machen, denn: „Wer freiwillige Arbeit leistet, muss davon auch persönlich profitieren.“ Göring-Eckardt schlägt vor, dass diejenigen, die den gemeinnützigen Freiwilligendienst absolvieren oder ne-

ben ihrer Ausbildung zwei Jahre lang regelmäßig ehrenamtlich arbeiten, am Ende 3000 Euro bekommen sollen. Die Kompetenzen, die junge Leute bei ihrer Tätigkeit erwerben, könnten anerkannt werden: „Das kann ein Wartesemester oder ein bevorzugter Zugang zu Auslandssemestern oder -praktika sein“, schreibt Göring-Eckardt in einem Änderungsantrag für den Parteitag der Grünen im Juni. Außerdem sollen künftig die Kosten für die Haftpflichtversicherung der Freiwilligen vom Bund übernommen werden, ebenso die Mittel für Weiterbildung. akm